

Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent.

lebensnah.

vor Ort.



...newsletter



04. Juli 2011 • Newsletter zur 12. Sitzungswoche 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch in diesem Sommer habe ich meine schon traditionelle Sommerfrühstücks-Reihe „Auf ein Wort mit Mechthild Rawert“ weitergeführt. Zu den Themen „SeniorInnen/Pflege“, „Gesundheit/ Inklusion“, „Strategien gegen Rechtsextremismus“, „Migration/Integration“ und „LGBTT“ habe ich mich mit MultiplikatorInnen aus den jeweiligen Tempelhof-Schöneberger Projekten und Initiativen getroffen: in der Schöneberger Seniorenbegegnungsstätte Huzur, die besonders von Migrantinnen der ersten Generation besucht wird; im Stadtteilzentrum KoKuMa in Mariendorf; in meinem Wahlkreisbüro in Tempelhof; im Interkulturellen Haus in der Schöneberger Geßlerstraße sowie im Café-Bar-Bistro Windows, einem Treffpunkt nicht nur für die Schöneberger Gay-Community in der Motzstraße.

Ich bin am steten Austausch und Dialog mit Menschen interessiert. Bei jedem dieser Sommerfrühstücke wurde daher frank und frei über „Aktuelles und Verschiedenes“ debattiert, wurde thematisch diskutiert, wurden Anforderungen an die Politik allgemein formuliert bzw. an die Sozialdemokratie und an mich als Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg herangetragen.

Dafür bedanke ich mich bei allen TeilnehmerInnen herzlich. Einige der Forderungen, Wünsche und vereinbarten Vorhaben habe ich verschriftlicht. Sie können auf meiner Website nachgelesen werden.

Last but not least: Deutschlands Fussballerinnen haben am Sonntag im Berliner Olympia-Stadion bei strahlendem Sonnenschein gegen Canada einen Sieg errungen - und ich war dabei. Ich drücke unserer Mannschaft die Daumen für den dritten Stern, für den dritten Weltmeisterschaftstitel im Frauenfussball.

Viel Spaß beim Lesen!

Mechthild Rawert



1)

Inhalt:

■ Gesundheit und Pflege	
Positionspapier zu einem Versorgungsgesetz	2
Prävention und Gesundheitsförderung	3
Betriebs- und Personalrätekonferenz „Gesundheit“	4
■ Fraktion vor Ort	
Beschäftigungsfähigkeit für ALLE sichern	4
■ Gleichstellung	
Massive Benachteiligung von Frauen bei Minijobs	6
■ Demografischer Wandel	
Ländlicher Raum und Pflegereform	6
■ Wirtschaft und Technologie	
Atomausstieg „ja“ – Energiewende „nein“	6
■ Europäische Union	
Ergebnisse des EU-Gipfels vom 23./24. Juni 2011	7
■ Aus dem Bundestag	
Aktuelle Stunde zur geplanten Steuersenkung	8
Aushöhlung der Schuldenregel stoppen	8
Diskriminierungsschutz für sexuelle Identität	9
Neuer Schwung für Nahost-Friedensbemühungen	9
■ IPS-Programm	
25 Jahre internationales Parlaments-Stipendium	10
Praktikumsbericht der Stipendiatin Jelena Duvnjak	10
■ Praktikum im Bundestag	
Praktikumsbericht von Alexandros Raftopoulos	11
■ Aus Tempelhof-Schöneberg und Berlin	
Strategien gegen Rechts	12
Zum Tode von Kardinal Georg Sterzinsky	13

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ **Gesundheit und Pflege**

Positionspapier: Interessen der Patientinnen und Patienten gehören in den Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung



Mit dem aktuell vorliegenden Referentenentwurf zu einem sogenannten Versorgungsgesetz richtet Gesundheitsminister

Daniel Bahr (FDP) den Fokus einseitig auf die Interessen niedergelassener Ärzte und Ärztinnen. Anstelle des Ausbaus der Patient(inn)enorientierung und der Prävention stehen die Ärzte und deren künftige Einnahmesteigerungen im Mittelpunkt.

Vom geplanten Versorgungsgesetz wird im Wahljahr 2013 insbesondere die Ärzteschaft in den alten Bundesländern profitieren. Diese Kosten sollen nach dem Willen von Schwarz-Gelb einseitig die ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen tragen. Gestaffelte Abstriche beim Honorar, eingeführt um den Anreiz zu vieler Behandlungen zu stoppen, sollen gelockert werden. Auch wenn der Referentenentwurf in der letzten Woche leicht geändert wurde, geht der Bundesverband der AOK davon aus, dass die Mehrausgaben für Ärztinnen und Ärzte bis 2013 3,4 Mrd. Euro betragen könnten. Wird dieser Entwurf Gesetz - die 2./3.Lesung ist für November 2011 geplant - werden allein durch die Milliardenausgaben für die ärztliche Honorierung immer mehr Kassen zu Zusatzbeiträgen gezwungen sein. Und die Versicherten werden dies zahlen müssen.

Die Bundesregierung ergreift mit diesem Referentenentwurf kaum geeignete Maßnahmen, um die Schere in der medizinischen und pflegerischen Versorgung zwischen Städten und ländlichen Gebieten, zwischen alten und neuen Bundesländern und zwischen Gebieten innerhalb von Metropolregionen zu schließen. Mich ärgert das sehr, ebenso wie die Tatsache, dass im nun auf 169 Seiten angewachsenen Text die Aufwertung von nicht-ärztlichen und pflegerischen Gesundheitsberufen nicht erwähnt wird.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die PatientInnenperspektive entscheidend

Für die Mitglieder der Arbeitsgruppe Gesundheit in der SPD-Bundestagsfraktion ist ein qualitativ hochwertiges und leistungsfähiges Gesundheitswesen bedeutsamer Teil einer öffentlichen Infrastruktur und Daseinsfürsorge. Im Mittelpunkt steht dabei die PatientInnenperspektive.

In unserem Positionspapier bekennen wir SPD-Gesundheitspolitiker(inn)en uns außerdem dazu, dass überkommene Sektorabgrenzungen, ungeeignete Planungsgrundlagen, historisch gewachsene Zuständigkeiten, Honoraranteile oder Aufgabenzuweisungen dem Primat der PatientInnenversorgung unterzuordnen und, wo nötig, zu ändern sind.

Ich habe bei der Erarbeitung viele mir wichtige Punkte in unser Positionspapier einbringen können, die vor allem die Gesundheitsversorgung in Berlin verbessern helfen. Dazu gehören u.a. die Forderungen nach

- einer teilhabeorientierten Gesundheitsversorgung für Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen,
- Sicherstellung einer spezialisierten fachärztlichen Versorgung von erwachsenen Menschen mit Behinderung,
- einer stärkeren interkulturellen Kooperation im Gesundheitswesen, die sich mehr als bisher an den speziellen medizinischen Bedarfen von MigrantInnen oder auch Flüchtlingen orientiert,
- Ausbau von Lehrstühlen für Interkulturelle Medizin und Medizin, für Menschen mit Behinderung sowie für Gendermedizin.

Die ärztliche Über- und Unterversorgung ist auch für Ballungsregionen differenziert zu betrachten. Obwohl Berlin prozentual als „überversorgte“ Region mit vielen ÄrztInnen gilt, gibt es Sozialräume, Quartiere und Kieze, in denen sich zu wenige FachärztInnen niedergelassen haben. Dieser Aspekt der „Unterversorgung in der Überversorgung“ muss bei der zukünftigen ärztlichen Bedarfsplanung viel stärker berücksichtigt werden.

Weitere SPD-Schwerpunkte zur medizinischen Versorgung:

- Die Entwicklung einer Finanzierungslösung für den Krankenhausbereich, mit der die wieder auseinanderklaffende Tarifschere sowohl innerhalb als auch zwischen den Krankenhäusern minimiert wird.
- Die Förderung von Möglichkeiten zur Arbeitsentlastung niedergelassener (Haus-)ÄrztInnen in unterversorgten Gebieten durch die Anstellung sogenannter PraxismitarbeiterInnen.
- Eine flächendeckende Etablierung der Delegation ärztlicher Leistungen auf speziell geschultes nicht-ärztliches medizinisches Fachpersonal. Auch eine Substitution bisher allein den MedizinerInnen vorbehaltenen Tätigkeiten auf andere Berufsgruppen ist zu prüfen.

- Nicht regulär zu besetzende Arztstühle werden unter Krankenkassen, MVZs, Kommunen oder Krankenhaus-trägern ausgeschrieben.
- Bei festgestellter Unterversorgung werden ärztliche Leistungen aus Mitteln der Kassenärztlichen Vereinigungen immer zum vollen Preis vergütet.
- PatientInnen erhalten einen notfalls auch gerichtlich durchsetzbaren gesetzlichen Leistungsanspruch auf Entlassungsmanagement gegen ihre Krankenkasse.

Darüber hinaus wollen wir die Honorare für gesetzlich und privat Krankenversicherte - etwa auf die Hälfte der augenblicklichen Differenz - angleichen.

Das SPD-Positionspapier finden Sie hier:

<http://www.mechthild-rawert.de/sites/default/files/Versorgungsgesetz%20SPD%20-%20Positionspapier.pdf>



Prävention und Gesundheitsförderung - eine Frage der sozialen Gerechtigkeit

Maßnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung erreichen noch immer viel zu wenige Menschen. Ich bin froh, dass wir als SPD-Bundestagsfraktion dieses wichtige Thema mit unserem Antrag „Potenziale der Prävention erkennen und nutzen - Prävention und Gesundheitsförderung über die gesamte Lebensspanne stärken“ zu einem Schwerpunkt der Plenardebatte am 01. Juli gemacht haben.



Nur ein Präventionsgesetz kann die offensichtliche Ungerechtigkeit beseitigen, dass sozial Benachteiligte kaum durch Präventionsangebote erreicht werden. Dazu braucht es Angebote, die in den Lebenswelten der Menschen (zum Beispiel in Kindergärten, Schulen, Wohnvierteln, Betrieben) ansetzen. Die bisherigen individuellen Angebote reichen nicht aus, da durch sie fast ausschließlich die Bevölkerungsgruppen erreicht werden, die sich ohnehin schon gesundheitsbewusst verhalten. Angehörige sozial benachteiligter Gruppen haben dagegen ein doppelt so hohes Risiko, ernsthaft zu erkranken. Schon jetzt haben sie eine erheblich kürzere Lebenserwartung. Besonders betroffen sind Kinder, die bereits früh an den Folgen ungesunder Ernährung und dem Fehlen ausreichender Bewegung zu leiden haben.

SPD-Bundestagsfraktion: Wir fordern eine Präventionsstrategie des Bundes und ein Präventionsgesetz

Wir fordern die Bundesregierung auf, eine umfassende Präventionsstrategie zu entwickeln, die:

- Prävention und Gesundheitsförderung als vierte Säule neben Kuration, Pflege und Reha etabliert;
- nationale Präventionsziele definiert, an denen sich die Strategien und Aktivitäten der unterschiedlichsten Akteure ausrichten können;
- die beteiligten Ministerien in interministerieller Abstimmung eng in die Ausgestaltung der Präventionsstrategie einbezieht und die betroffenen Ressorts verpflichtet, die Gesetzgebung des Bundes hinsichtlich deren Auswirkungen auf die nationalen Präventionsziele zu bewerten;
- die jeweiligen spezifischen Bedarfe der Generationen geschlechterspezifisch vor dem Hintergrund der älter werdenden Gesellschaft berücksichtigt;

Wir fordern als SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung darüber hinaus auf, endlich einen Entwurf für ein Präventionsgesetz vorzulegen und damit einen gesetzlichen Rahmen für eine verbesserte Prävention und Gesundheitsförderung zu schaffen.

Klar ist: Prävention muss vor Ort in den Kommunen und Gemeinden beginnen. Deshalb soll der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) als erster lokaler und regionaler Ansprechpartner für kleine und mittlere Betriebe, Kindertageseinrichtungen, Schulen und Vereine gestärkt und die Kommunen darin unterstützt werden, durch eine ausreichende Finanzierung die Handlungsfähigkeit des ÖGD zu verbessern.

Wir schlagen in unserem Antrag außerdem vor die Ausgaben aller Sozialversicherungszweige, des Bundes, der Länder und aller anderen Träger von Leistungen zur Gesundheitsförderung in einer Stiftung Prävention und Gesundheitsförderung zusammenzuführen. Hauptaufgabe dieser Stiftung muss es sein, zu koordinieren und auch selbst operativ tätig zu werden.

Fazit: Gesundheitsprävention ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und wird auf Dauer auch zu Entlastungen im Gesundheitswesen führen.



Betriebs- und Personalrätekonferenz: Gesundheit zukunftssicher organisieren



An der Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion „Gesundheit zukunftssicher organisieren“ am 28. Juni im SPD-Fraktionssaal des Reichstagsgebäudes, nahmen über 250 Be-

triebs- und PersonalratsvertreterInnen aus der ganzen Bundesrepublik teil. Sie alle kamen, da auch die Unternehmen bei wachsendem Fachkräftemangel ein Interesse daran haben, den Krankenstand zu senken sowie fittere und zufriedenere Mitarbeiter zu haben. Betriebliches Gesundheitsmanagement wird eines der Kernthemen der kommenden Jahre sein.

Die SPD-Bundestagsfraktion führt mehrmals im Jahr Betriebs- und Personalrätekonferenzen durch, schließlich sind diese ein wichtiger Mittler, um praktische Erfahrungen vor Ort einzubringen und Verbesserungsvorschläge zurück in die Unternehmen zu tragen. Auf reges Interesse stießen die Ausführungen von Frank-Walter Steinmeier zu den Beschäftigungspotentialen, ebenso die vom Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) Othmar Schreiner, MdB, zu „Guter Arbeit“ sowie die von Dr. Josef Hilbert, Geschäftsführer des IAT, Leiter des Forschungsschwerpunktes am Institut Arbeit und Technik der Fachhochschule Gelsenkirchen, profunde präsentierten Erläuterungen zur „Sozialen Gesundheitswirtschaft: Mehr Gesundheit, gute Arbeit, qualitatives Wachstum“

Auch zwei Frauenvertreterinnen von der Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH nahmen teil. Da ich vor meiner Tätigkeit als Bundestagsabgeordnete Zentrale Frauenbeauftragte der Charité war, gab es als „alte Kollegin“ viel zu diskutieren. Unser zentraler Gesprächspunkt war die Bedeutung des 2010 novellierten Berliner Landesgleichstellungsgesetzes für das kommunale Gesundheitsunternehmen Vivantes.

Forderungen der Beschäftigten

Von den Beschäftigtenvertreter(inne)n wurde besonders betont, dass sich die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten verbessern müssten: Gerade die Arbeit im Gesundheitswesen sei mit hohen psychischen und körperlichen Belastungen verbunden. Das betriebliche Gesundheitsmanagement sei stärker auszubauen. Es müsse weiterhin endlich für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie gesorgt werden. Die Zunahme von Zeit- und

Leasingarbeitsverträgen sei mittlerweile auch bedenklich für die Qualität und Sicherheit in der Patient(inn)enversorgung. Grundsätzlich müssen die gesellschaftliche Anerkennung und die Entlohnung steigen. Viele in der Pflege Tätigen fordern auch mehr eigenverantwortliche Entscheidungskompetenzen hinsichtlich der Versorgungsprozesse. Dass die SPD-Bundestagsfraktion sich den Beschäftigten im Gesundheitswesen intensiv zuwendet und sich für Verbesserungen stark macht, wurde einhellig begrüßt.

■ Fraktion vor Ort

Beschäftigungsfähigkeit für ALLE sichern. Neues Denken anstelle von Mittelkürzungen

Am Montag, dem 27. Juni, fand im DGB-Haus in der Kleiststraße eine Diskussionsveranstaltung zur sogenannten Reform der arbeitsmarktpolitischen



Instrumente statt, zu der sehr viele Arbeitsmarktexpertinnen und -experten aus Verbänden und Bildungsträger gekommen waren.



Nach einer Einführung von mir zur notwendigen „Offensive für gute Bildung“ folgte der Vortrag von Bettina Hagedorn, MdB, die im Haushaltsausschuss

Berichterstatlerin für Arbeit und Soziales ist. Das in dieser Woche auch in der parlamentarischen Beratung befindliche „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ (Drs. 17/6277) verbessert nicht nur kaum etwas, es ist eine Kürzung unglaublichen Ausmaßes. Die Bundesarbeitsministerin hat damit einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die von Schwarz-Gelb im vergangenen Jahr beschlossenen Kürzungen von insgesamt 28 Mrd. Euro im Bereich Arbeit und Soziales von 2011-2014 gesetzlich legitimieren soll. Viele Rechtsansprüche von Arbeitssuchenden müssen dafür gestrichen werden.

Auch Doro Zinke, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg und Michael Haberkorn, Geschäftsführender Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit e.V. BAG, kritisierten ihrerseits aus Sicht



■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



der Gewerkschaft und der Verbände die geplanten Kürzungen, die völlig zu Unrecht als Reform verkauft werden. In Wahrheit, so das niederschmetternde Ergebnis der Ausführungen der Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn, stehen kleinen Reformansätzen der bestehenden Arbeitsmarktpolitik Streichungen von Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen gegenüber, die sich allein für Maßnahmen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und SGB III (Arbeitsförderung) bis 2014 auf 16 Mrd. Euro bundesweit belaufen werden.



Berlin muss mit Kürzungen von 1,3 Mrd. Euro im SGB II und 440 Mio. Euro im SGB III rechnen. Die Kürzungen werden viele treffen, die Unterstützung besonders brauchen:

Langzeitarbeitslose, Menschen mit verschiedenen Vermittlungshemmnissen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen, Schulabbrecher(innen) oder Menschen mit Migrationsbiographie. Auch einige der in der Diskussion vertretenen Träger und Servicegesellschaften fürchten zu Recht um ihr gutes Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm und damit auch um ihre eigene Existenz.

Die Kürzungen werden die ungleiche Chancenverteilung zwischen den Bundesländern weiter vertiefen, weil sie die strukturschwachen Regionen am meisten treffen. Die Deutschlandkarte im „Atlas der Sozialkürzungen der Bundesregierung 2011-2014“ der Forschungsstelle des Deutschen paritätischen Wohlfahrtsverbandes zeigt dieses überdeutlich. Die regionalen Folgen der Kürzungen im Bereich Arbeit und Soziales können auf der folgenden Internetseite eingesehen werden:

<http://www.armutsatlas.de>



Damit sind die Ziele der Regierungspläne klar: Es geht nicht darum, allen Menschen durch Arbeit und Beschäftigung eine dauerhafte Perspektive auf Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen, es geht auch nicht darum, die Fort- und Weiterbildungslandschaft in Deutschland nachhaltig auf die Veränderungen durch den Demografischen Wandel vorzubereiten. Stattdessen wird hier vor allem Geld auf Kosten derer gekürzt, die Unterstützung benötigen, um wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Ich hoffe, dass sich gegen diese Politik ein breiter Widerstand organisiert, bevor die Infrastruktur für Fort- und Weiterbildung völlig zerschlagen wird!

Infobörse zur Bildungs- und Beschäftigungspolitik

Wie gut die Angebote vieler Bildungs- und Beschäftigungsträger sind, konnten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf der Infobörse direkt vor dem Wilhelm-Leuschner-Saal überprüfen. Dort hatten insgesamt 7 Träger (AGENS e.V., GFBM e.V., BFW gGmbH, Arbeit und Leben e.V., KommTreff BQ gGmbH, Trias gGmbH und BGI), die AFA der SPD Berlin und der DGB selbst Infostände,



Stelltafeln und Informationsvideos aufgebaut. Im persönlichen Gespräch hatte ich die Gelegenheit, mir verschiedene Angebote noch einmal genau erläutern zu lassen. Die Angebote reichten vom nachholenden Hauptschul-

abschluss bis zum Vorlese-service für Menschen mit eingeschränkter Mobilität durch Langzeitarbeitslose bei AGENS. Auch Angebote für Integrationslotsen, Weiterbildungen im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe und ein Projekt zur Digitalisierung von historischen Texten waren dabei. Diese vielen guten Angebote, die in ihrer Vielfalt eine individuell angepasste Förderung ermöglichen, sind von den Streichungen der Haushaltsmittel für den Bereich Arbeit und Soziales unmittelbar bedroht.



Fachkräftemangel bekämpfen

Ihre ersatzlose Streichung wird nicht nur Armut verfestigen und Menschen mit besonderen Bedarfen von jedweder Förderung abkoppeln. Sie sind, so Bettina Hagedorn und Doro Zinke in ihren Ausführungen, auch volkswirtschaftlich gesehen grober Unfug. Denn die demografische Entwicklung in allen Ländern Europas wird uns vor ganz neue arbeitsmarktpolitische Herausforderungen stellen. Denen kann nur mit guten Bildungs- und Fortbildungskonzepten begegnet werden. Die dafür vorhandenen Strukturen jetzt

zu zerschlagen heißt in Konsequenz auch, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu beschädigen, weil lebenslanges Lernen, Weiterqualifizierung und Anpassung an die Veränderungen am Arbeitsmarkt keinen Raum mehr hat.



■ **Gleichstellung**

Minijobs: Fachgespräch bestätigt massive Benachteiligung von Frauen

Die Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion hat am 30. Juni einen Workshop zum Thema „Minijobs“



veranstaltet. Die geladenen ExpertInnen bestätigten die von den Sachverständigen der AG erarbeitete Einsicht, dass Minijobs ein Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping sind und insbesondere für Frauen die Gefahr von Altersarmut erhöhen.

Im Vergleich zu herkömmlichen Vollzeitjobs werden Minijobs schlechter bezahlt und sind in der Praxis schlechter sozial und arbeitsrechtlich abgesichert. Im Krankheitsfall wird der Lohn oft nicht weitergezahlt und der Urlaubsanspruch nicht gewährt, obwohl hier dasselbe Arbeitsrecht gilt wie bei Vollzeitstellen.

Minijobs benachteiligen massiv vor allem Frauen, denn zwei Drittel aller Minijobs wird von Frauen ausgeübt. Für sie sind Minijobs allerdings oft die einzige Beschäftigungsmöglichkeit und werden schnell zur Falle. Denn der Übergang in sozialversicherungspflichtige Voll- und Teilzeitjobs findet nicht statt.

Es ist daher höchste Zeit die Problematik anzugehen. Als stellvertretende Sprecherin der AG Gleichstellungspolitik halte ich eine wöchentliche Stundenbegrenzung, die Einführung eines branchenübergreifenden Mindestlohns, eine Neuregelung der Steuerpflicht und eine stärkere Kontrolle bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie die Einhaltung der gesetzlich geltenden Urlaubsregelung für unverzichtbar.

■ **Demografischer Wandel**

Ländlicher Raum und Pflegereform



Nachdem sich die Arbeitsgruppe Demografischer Wandel in der vergangenen Sitzungswoche mit den Anforderungen an die sozialräumliche Planung in den Metropolen befasst hatte, wurden am 27. Juni auf einer weiteren Konferenz unter dem Titel „Der ländliche Raum im Demografischen Wandel“ die Besonderheiten der Bevölkerungsentwicklungen in mehreren exemplarisch gewählten ländlichen Regionen vorgestellt und debattiert. Leider haben längst nicht alle ländlichen

Regionen damit begonnen, individuelle Konzepte zu entwickeln und sich somit auf den Strukturwandel einzustellen, der mit der demografischen Entwicklung in Deutschland auf ihre Regionen zukommt. Derzeit leben 85 % der Deutschen in den 3000 Kommunen mit über 5.000 Einwohnern, 15 % leben in den rund 9000 Kommunen mit weniger als 5.000 Menschen.

Weniger. Älter. Bunter - Potentiale des Alters

Neben dem Schwerpunkt „Ländliche Regionen“ hat sich die AG Demografie in dieser Sitzungswoche intensiv mit der Reform der Pflegeversicherung und den angrenzenden Fragestellungen befasst. Als Gesundheitspolitikerin mit einem Arbeitsschwerpunkt bei Gesundheits- und Pflegeberufen liegt mir dieses Thema sehr am Herzen. Ich werde die in der AG Demografie, Gesundheit und Familie, Senioren, Frauen und Jugend erarbeiteten Thesen und Lösungsansätze auch noch im Sommer vor Ort mit Fachleuten und einem breiteren öffentlichen Publikum diskutieren.

Eine Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung „Weniger. Älter. Bunter - Potentiale des Alters“ ist gemeinsam mit Franz Müntefering, Bundesminister a.D., für den 15. August geplant.

■ **Wirtschaft und Technologie**

Atomausstieg „ja“ - Energiewende „nein“

Ein über 25 Jahre verfolgtes rot-grünes Projekt nun endgültig Wirklichkeit: Wir steigen aus der Atomkraft aus. Wer, wie die



schwarz-gelbe Bundesregierung, die Geschichte von „Atomkraft nein danke“ aber erst bei der Tragödie von Fukushima beginnen lässt, macht deutlich, dass es ihnen in erster Linie um Machterhalt und nicht um die Sache geht. In der Plenardebatte am 30. Juni „vergisst“ Umweltminister Norbert Röttgen, dass es Schwarz-Gelb war, die den rot-grünen Konsens zum Atomausstieg erst letzten Herbst - sehr zur Freude der großen vier Energieversorger - aufgekündigt hatte. Mit viel Pathos will er daraus nun ein schwarz-gelbes Projekt machen. Das werde ich ihm so nicht durchgehen lassen. Nichtsdestotrotz: Ich habe dem Ausstieg aus der Atomkraft und dem Einstieg in die Energiewende zugestimmt.

Allein mit einem Ausstieg aus der Atomenergie ist die Energiewende noch lange nicht erreicht. Vielmehr wäre es jetzt notwendig, in vielen Bereichen den von SPD und Grünen eingeleiteten Umbau unseres Energiesystems hin zu einem sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energie-

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



dienstleistungssystem fortzusetzen. Doch mit der Verabschiedung des Gesetzespakets haben die Regierungsfractionen den entgegengesetzten und damit falschen Weg eingeschlagen. Der Novelle des Erneuerbare Energiesetzes (EEG) haben wir deshalb nicht zugestimmt. Bei der Abstimmung zum Energiewirtschaftsgesetz haben wir uns enthalten.

Positionen der SPD in einem Antrag zusammengefasst

In dem Antrag „Energiewende zukunftsfähig gestalten“ (Drs. 17/6292) macht die SPD-Bundestagsfraktion deutlich, welche Bereiche die schwarz-gelbe Bundesregierung in ihren Gesetzesvorlagen nicht erfolversprechend oder nicht ausreichend berücksichtigt hat. Der Antrag stellt auch dar, welche Maßnahmen eine SPD-geführte Bundesregierung ab 2013 ergreifen wird, um den unter Rot-Grün begonnenen Umbau unseres Energiesystems konsequent fortzusetzen. Damit haben wir die Bundesregierung immer wieder aufgefordert, den Ausstieg aus der Atomenergie unumkehrbar und so schnell wie möglich zu vollziehen. Wir haben früh klar gemacht, dass dabei die richtige Weichenstellung für eine moderne Energieversorgung durch erneuerbare Energien besonders wichtig ist.

Ausbau der erneuerbaren Energien stärker beschleunigen

Insgesamt geht der Regierungsvorschlag bei der EEG-Novelle nicht weit genug. Der Anteil an erneuerbaren Energien bei der Stromversorgung muss bei 45 Prozent statt 35 Prozent bis 2020 liegen. Darüber hinaus ergreift die Bundesregierung in der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes unzureichende Maßnahmen, um den stromintensiven Industrien auch in den nächsten Jahren eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu ermöglichen. Diese Branchen sind Grundlage für den Erhalt der gesamten Wertschöpfungskette in Deutschland. Sie sind Garant für viele Arbeitsplätze und müssen international wettbewerbsfähig bleiben.

Förderung von Energieeffizienz und neuer Technologien ausreichend finanzieren

Die Bundesregierung will Veränderungen am Energie- und Klimafonds vornehmen. Die Förderung von Elektromobilität, energetischer Gebäudesanierung und die Förderung energieintensiver Unternehmen soll durch den Fonds bedient werden. Der Fonds wird dabei zur Alibimaßnahme der Regierung und wird durch seine Unterfinanzierung und falsche Ausgestaltung keines seiner Ziele erreichen. Wir fordern, die genannten Förderungen in angemessener Höhe zu finanzieren. In punkto energetische Sanierung von Wohngebäuden fordern wir eine Verstärkung der Förderung in Höhe von mindestens 2 Milliarden Euro, um eine

Steigerung der Sanierungsquote zu erreichen. Es darf außerdem keine übermäßige Kostenbelastung der Mieterinnen und Mieter geben.

■ **Europäische Union**

Ergebnisse des EU-Gipfels vom 23./24. Juni 2011



Der Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU in der vergangenen Woche befasste sich wieder vorrangig mit der Wirtschafts- und

Finanzkrise und der Situation in Griechenland. Nach wie vor kommt die griechische Wirtschaft aus dem Abschwung nicht heraus und die Arbeitslosigkeit liegt auf einem Rekordhoch. Die bislang einseitig auf Sparen fokussierten Maßnahmen haben die Lage in Griechenland eher verschlimmert. Mir ist bewusst, dass viele Deutsche die Diskussionen mit großer Sorge verfolgen; die finanziellen Dimensionen übersteigen unsere Vorstellungskraft.

Darüber hinaus standen die Themen Migration und der EU-Beitritt Kroatiens auf der Agenda. Hier ein Überblick und eine sozialdemokratischen Bewertung der Beschlüsse nach Informationen unserer Europa-Experten Axel Schäfer und Michael Roth:

1. Solidaritätserklärung der 27 Staats- und Regierungschefs mit der griechischen Regierung. Aber: Die Frage nach einer nachhaltigen Strategie für Griechenland blieb offen.

Das hellenische Parlament hat mit knapper Mehrheit dem Sparpaket zugestimmt. Jetzt kann die Auszahlung der nächsten Tranche aus dem 110 Milliarden Euro-Paket an Griechenland erfolgen. Die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands kann abgewendet werden. Die Euro-Finanzminister werden das auf einem Sondertreffen am 3. Juli beschließen, ebenso der Bundestag nach einer Gesetzesvorlage der Bundesregierung, die gerade erarbeitet wird. Der Vorschlag des vereinfachten Abrufs aus Mitteln der europäischen Strukturfonds ist richtig, aber bei Weitem nicht ausreichend: Griechenland braucht ein Investitionsprogramm, das Wirtschaftswachstum ermöglicht und das spürbare Überschüsse generiert, um den Haushalt zu konsolidieren. Der Beitrag einer freiwilligen Beteiligung privater Gläubiger bleibt fragwürdig. Je mehr Zeit verstreicht, desto wahrscheinlicher wird eine Umschuldung des Mittelmeerlandes. Diese müsste dann aber folgerichtig die Einführung von Eurobonds zur Bedingung haben. Darüber hinaus muss die Rekapitalisierung von Banken gesichert

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



sein, um die Auswirkungen auf andere Länder sowie die Realwirtschaft abzumildern.

2. Eckpunkte und Ausgestaltung für einen permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) vereinbart.

Die Umsetzung muss unter Beteiligung des Bundestages bis Ende 2012 erfolgen. Hierzu werden voraussichtlich im Herbst ein völkerrechtlicher Vertrag und ein Begleitgesetz zum Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) vorgelegt. Der ESM ist ein Fonds mit 700 Milliarden Euro Grundkapital, Kreditgarantien der Mitgliedsländer sowie einem Kredit des Internationalen Währungsfonds. Staatsanleihen mit über einem Jahr Laufzeit aus diesem Fonds werden Umschuldungsklauseln enthalten (Beteiligung privater Gläubiger). Problematisch bleiben weiterhin das „Ultima-Ratio-Prinzip“, die genaue Ausgestaltung der Konditionen und die hohen Zinsen. Auch zum zeitweiligen Rettungsschirm (EFSF) wurden Ergänzungen vereinbart.

3. Revision des Schengen-Systems beschlossen.

In außergewöhnlichen, eindeutig bestimmten Situationen (hoher Druck an den Außengrenzen) soll ein so genannter „EU-Schutzmechanismus“ eingeführt werden. Als letzte Möglichkeit sind das Binnenkontrollen. Ein konkreter Vorschlag wird im September vorliegen. Das europäische Grenzüberwachungssystem soll bis 2013 einsatzfähig sein. Darüber hinaus sollen verstärkt zwischenstaatliche, individuelle Mobilitätspartnerschaften stattfinden. Für diese Maßnahmen hat die EU für die kommenden beiden Jahre 7 Milliarden Euro bereitgestellt. Eine einheitliche Zuwanderungs- und Asylpolitik zeichnet sich hingegen noch nicht ab, auch wenn bis 2013 ein gemeinsames europäisches Asylsystem errichtet werden soll.

4. Kroatien wird 28. Mitglied der Europäischen Union.

Bis zum Jahresende 2011 soll der Beitrittsvertrag unterschrieben werden. Das geplante Beitrittsdatum 1. Juli 2013 steht jedoch ausdrücklich nicht in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, da der Vertrag noch von allen EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden muss.

■ **Aus dem Bundestag**

Aktuelle Stunde zur geplanten Steuersenkung

„Und täglich grüßt das Murmeltier“ – so hat unser Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier den schwarz-gelben Steuerstreit kommentiert. Die von Union und FDP jetzt wieder losgetretene Steuersenkungsdebatte ist nicht nur haushaltspolitisch verantwor-



tungslos. Es geht ganz offensichtlich darum, mit einem Milliardenversprechen die dahinsiechende FDP zu stabilisieren. Das ist Wahlhilfe mit Steuergeld! Zu Recht erntet Angela Merkel dafür beißende Kritik von allen Seiten, nicht zuletzt von den Ministerpräsidenten der CDU, aus deren Kreis von einer „irren“ Debatte gesprochen wird. Gemeinsam mit den Grünen haben wir dazu am Mittwoch eine Aktuelle Stunde gefordert. In deren Debatte konnte uns seitens der Regierungsfractionen aber auch nicht erläutert werden, welchen Sinn die sogenannte Reform neben der vermuteten Wahlhilfe noch haben könnte.

Deutschland hat einen Schuldenstand von 85 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und verletzt damit bereits die Kriterien des europäischen Stabilitätspaktes, vor allem weil der Staat die Bankenausfälle übernommen hat. Die Neuverschuldung ist noch immer zu hoch. Sie muss in den kommenden Jahren um mehr als 20 Milliarden Euro zurückgeführt werden, um die im Grundgesetz verankerte Schuldenregel einzuhalten. Die Haushaltslage der Länder und Kommunen bleibt angespannt. Nichts ist so unseriös, wie in dieser Lage schuldenfinanzierte Steuersenkungen anzukündigen! Unsere Finanzfachleute haben das mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht.

Aushöhlung der Schuldenregel stoppen



Im Jahr 2009 wurde die Schuldenregel im Art. 115 des Grundgesetzes verankert. Ziel ist eine nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushalts, um für Generationengerechtigkeit zu sorgen. Die Schuldenbremse begrenzt die jährliche Neuverschuldung des Bundes auf maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ab 2016. Bundesfinanzminister Schäuble versucht nun die Verschuldungsgrenzen auf zweierlei Art zu umgehen. Erstens wird als Bezugswert für die Festlegung der Maximalgrenzen für die Übergangszeit bis 2016 nicht der Ist-Wert der Neuverschuldung von 2010 mit 44 Milliarden Euro herangezogen, sondern ein geschätzter Ist-Wert für 2016 von 65 Milliarden Euro. Der Spielraum für zukünftige Neuverschuldung wird dadurch stark vergrößert. Zweitens nutzt Finanzminister Schäuble die so genannte Konjunkturkomponente zu seinen Gunsten aus. Ursprünglich ist diese zur Anpassung an konjunkturelle Schwankungen gedacht. Beide Maßnahmen widersprechen Sinn und Zweck des Gesetzes. In unserem Gesetzentwurf (Drs. 17/4666) fordern wir deshalb, die konsequente Umsetzung der Schuldenregel sicher zu stellen. Dabei soll die Ermittlung der Konjunkturkomponente künf-

tig durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erfolgen.

Steuersenkungsversprechen entbehren jeder Grundlage

Konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen müssen - so die neue Schuldenregel („Schuldenbremse“) - in die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gehen. In wirtschaftlichen Boom-Phasen sollen sogar staatliche Haushaltsüberschüsse erarbeitet werden. Sprudelnde Steuerquellen bedeuten also nicht, dass automatisch Geld für Steuersenkungen zur Verfügung steht. Daher ist das Gerede der FDP über Steuersenkungen ein unverantwortliches Gerede gegen Recht und Gesetz. Und was gerne vergessen wird: Nahezu alle Steuersenkungen treffen nicht nur den Bundes-, sondern auch die Länderhaushalte. Aber auch die Länder müssen die „Schuldenbremse“ einhalten.

Das Steuer- und Abgabensystem muss insgesamt gerecht sein. Eventuelle Entlastungen bedürfen einer nachhaltigen Gegenfinanzierung: Die Finanzierungsnotwendigkeiten des Staates verlangen einen stärkeren Beitrag der Spitzenverdiener und derjenigen mit hohem Vermögen. Aber darüber redet auch die neue FDP-Spitze nicht. Die FDP bleibt hier ganz Klientelpartei.

Diskriminierungsschutz für sexuelle Identität



Die SPD-Bundestagsfraktion wollte die Ergänzung „sexuelle Identität“ in den Artikel 3 des Grundgesetzes einfügen, um eine Ungleichbehandlung aufgrund der sexuellen Identität zu unterbinden. Deshalb haben wir den „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes“ (Drs. 17/254) vorgelegt, welcher allerdings am 30. Juni in 2./3. Lesung von CDU/CSU und FPD abgelehnt wurde.

Der Umgang der Mehrheitsgesellschaft mit Minderheiten, insbesondere sexuellen Minderheiten, war und ist eine Geschichte der Ausgrenzung, Stigmatisierung und Kriminalisierung. Schwule und Lesben, Transgender und Intersexuelle sind in unserer Gesellschaft auch heute noch Anfeindungen, gewaltsamen Übergriffen und Benachteiligungen ausgesetzt. Einfachgesetzliche Diskriminierungsverbote haben die rechtliche Situation der Betroffenen zwar verbessert. Ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität im Grundgesetz würde jedoch eine klare Maßgabe für den einfachen Gesetzgeber darstellen.

Mit den Diskriminierungsverboten in Artikel 3 Absatz 3 zog der Parlamentarische Rat bei Verabschiedung des Grundgesetzes die Konsequenzen aus der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik. Nur zwei Gruppen blieb die Aufnahme in diesen Katalog 1949 versagt: Behinderten und Homosexuellen. Ihr Verfolgungsschicksal wurde erst Jahrzehnte später aufgearbeitet und anerkannt. 1994 wurde ein Diskriminierungsverbot für Menschen mit Behinderung aufgenommen. Aber auch die sexuelle Identität eines Menschen kann und darf kein Anlass für Benachteiligungen sein.

Mit der Ablehnung dieses Gesetzentwurfs zeigt Schwarz-Gelb einmal mehr, dass der Schutz von Minderheiten bei ihnen keinen hohen Stellenwert genießt.

Nahost-Friedensbemühungen neuen Schwung verleihen

Mit dem Abbruch der direkten Friedensverhandlungen zwischen der israelischen und palästinensischen Regierung im September 2009 ist eine politische Lösung des Nahost-Konflikts zum wiederholten Mal gescheitert. Vor diesem Hintergrund hat die palästinensische Seite angekündigt, sich im Herbst an die Vereinten Nationen zu wenden, um die Anerkennung und die Aufnahme eines palästinensischen Staates in die Vereinten Nationen zu erreichen. Durch die Unterzeichnung der palästinensischen Versöhnungsvereinbarung und den geplanten Schritt vor die Vereinten Nationen dreht sich die Debatte um den Friedensprozess aktuell auch um das immer kleiner werdende Zeitfenster für direkte Verhandlungen.



Die Bundesregierung muss ihrer außenpolitischen Verantwortung nachkommen und sich für die rasche Wiederaufnahme direkter Gespräche zwischen Israel und den Palästinensern einsetzen. Sie hat es versäumt, innerhalb der Europäischen Union eine einheitliche Haltung zur Anerkennungsfrage zu bilden.

Sie hat außerdem versäumt, die bevorstehende israelisch-palästinensische Konfrontation in den Vereinten Nationen abwenden zu helfen. Mit ihrer Vorfestlegung, den Gang der Palästinenser zu den Vereinten Nationen abzulehnen, verspielt die Bundesregierung die Möglichkeit, Einfluss auf die Palästinensische Autonomiebehörde wie auch auf die Länder, die eine Anerkennung unterstützen, zu nehmen. Damit spielt sie zugleich jenen

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



Kräften in Israel in die Hände, die an der Wiederaufnahme von Verhandlungen kein Interesse zeigen.

Wir fordern die Bundesregierung in unserem Antrag (Drs. 17/6298) auf, sich für die Aufnahme direkter Friedensgespräche einzusetzen, die negative Vorfestlegung aufzugeben und alle Wege offen zu halten, die zu einer gemeinsamen europäischen Haltung führen können, einschließlich der europäischen Option, das palästinensische Ansinnen zu unterstützen, wenn Friedensgespräche bis dahin nicht begonnen haben und sich die künftige palästinensische Regierung zum Existenzrecht Israels bekennt, den Gewaltverzicht garantiert und der Gültigkeit der bisherigen Abkommen zustimmt. Die Bundesregierung soll sich für ein sofortiges Ende des israelischen Siedlungsbaus in den palästinensischen Gebieten und für die sofortige Freilassung des 2006 entführten israelischen Soldaten Gilad Shalit einsetzen.

■ IPS-Programm

25 Jahre internationales Parlaments-Stipendium



Das internationale Parlaments-Stipendium (IPS) wird in diesem Jahr zum 25. Mal durchgeführt. Es ist anfänglich aus der deutsch-amerikanischen Parlamentsfreundschaft entstanden und hat mittlerweile rund 1.750 jungen Menschen aus 28 verschiedenen Ländern als „Werkstatt der parlamentarischen Demokratie“ die Gelegenheit verschafft, fünf Monate lang die Arbeit des Deutschen Bundestages kennen zu lernen.

Das IPS ist weltweit einzigartig, es gibt aber bereits Partnerprogramme in Frankreich, Polen, Ungarn und Lettland, die ähnliche Möglichkeiten anbieten. Der Deutsche Bundestag bedankt sich aus Anlass des 25jährigen Jubiläums des Internationalen Parlaments-Stipendiums in einer Debatte bei allen Unterstützer(inn)en und bekräftigt in einem Gruppenantrag (Drs. 17/6350) seine Absicht, das Programm in der Zukunft fortzuführen.

Weiterhin soll jedes Jahr bis zu 120 qualifizierten und politisch besonders interessierten jungen Menschen aus anderen Staaten die Möglichkeit gegeben werden, politische Entscheidungsprozesse des deutschen Regierungssystems kennen zu lernen und praktische Erfahrungen zu sammeln. Es soll dadurch einen Beitrag zum Aufbau und zur Stärkung der demokratischen Eliten in den teilnehmenden Ländern

leisten und zukünftige Entscheidungsträger(inn)en über Landesgrenzen hinweg vernetzen. Alle IPS-Stipendiat(inn)en sollen insbesondere auch nach der Rückkehr in ihre Heimatländer engagiert für Demokratie, interkulturelle Offenheit und Toleranz, für Freiheit und ein friedliches Zusammenleben eintreten.

Praktikumsbericht der Stipendiatin Jelena Duvnjak

Als Stipendiatin des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS) wurde ich der SPD-Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert zugeteilt, die sich mit Gesundheitspolitik und anderen sozialpolitischen Themen befasst. Diese Themenspektrum entsprach meinen Interessen, da ich meinen Diplomabschluss in Sozialpolitik und Sozialarbeit in Belgrad gemacht hatte. Auch die ideologische Ausrichtung der SPD liegt mir nahe, daher war ich mit der Auswahl auch sehr zufrieden. Während meines Praktikums im Bundestagsbüro besuchte ich viele Arbeitskreise, Arbeitsgruppen, Ausschüsse, Plenumsitzungen und einmal sogar die Fraktionssitzung der SPD. Somit gewann ich einen guten Einblick in aktuelle Themen und wie sie innerhalb der verschiedenen Ebenen bearbeitet werden. Es war am Anfang nicht leicht mit Allem mitzukommen, da man sich nicht nur mit den Themen sehr gut auskennen muss, sondern auch mit dem gesamten deutschen Gesundheitssystem, der jeweiligen Rechtslage, den Statistiken und mit der Entwicklung eines Antrages.



Nach vier Monaten als Praktikantin im SPD-Bundestagsbüro habe ich vieles miterleben können, gelernt und gemacht. Die zu bewältigenden Aufgaben waren von Woche zu Woche verschieden. Ich konnte mich über angefragte Themen in der Bürgerpost schlau machen. Zu verschiedenen Sitzungen habe ich auch Protokolle geschrieben, die dann zum Erstellen von den Newsletter-Artikeln genutzt worden sind. Besonders interessant fand ich das Recherchieren von Medienberichten über die Auswirkung der Arabischen Revolution auf die Beziehung von Israel und Palästina, die Frau Rawert für eine Rede benötigt hatte. Sehr interessant waren die Bürger-Innensprechstunden und Treffen mit Vertreter(inne)n der Zivilgesellschaft, bei denen man auch einen Überblick der spezifischen Probleme und Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürger gewinnen konnte. Dabei war es sehr eindrucksvoll für mich zu sehen, mit was für einem breiten

■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 11

Spektrum an Wissen Frau Rawert die Dinge angepackt und wie sich in ihren Lösungsansätzen ihre gesamte Erfahrung wiedergespiegelt hat. Es gab auch Veranstaltungen, an deren Organisation ich im Bundestagsbüro mitgewirkt habe, in denen sich überaus lebendige und interessante Diskussionen ergaben.

Durch das IPS-Programm bekam ich die Gelegenheit, mehr über Deutschland zu erfahren und überhaupt zu sehen, wie sich etwas so Abstraktes wie Politik in der Praxis widerspiegelt.

■ Praktikum im Bundestag

Praktikumsbericht von Alexandros Raftopoulos



Mein Schülerpraktikum habe ich im Zeitraum vom 6. Juni bis zum 23. Juni im Büro der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert (SPD,) absolviert. Dabei habe ich viele wertvolle Erfahrungen gesammelt. Dazu beigetragen haben die hilfsbereiten und kompetenten Mitarbeiter(innen) rund um Mechthild Rawert. Sie versuchten alle meine Fragen zu beantworten und mir so viel wie möglich zu vermitteln, zumal solch ein Praktikum das Ziel verfolgt, das Wissen des Absolventen anzureichern. Kai Gudra, Antje Schwarzer, Selini Tsekeridou-Knittel und Frau Rawert waren meine Ansprechpartner(innen) während meines gesamten Praktikums.

Die erste Woche meines Praktikums gestaltete sich wie folgt: Es war Sitzungswoche. Frau Rawert lud mich in die Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion ein, in der sie selbst Mitglied ist. Inhaltlich wurden hauptsächlich politische Vorklärunen für den Ausschuss Gesundheit getroffen, an dem ich einen Tag später auch teilnahm. Das Berliner Reichstagspräsidentenpalais durfte ich ebenfalls besuchen, wo ich dann am Mittagstisch der Parlamentarischen Linken teilnahm. Inhalt der Diskussion war die Euro-Krise. Drei verschiedene Sitzungen im Plenum des Bundestages schlossen sich an, wo über das Steuervereinfachungsgesetz, die Eurostabilität und den Klimaschutz heftig debattiert wurde. Alleine in der ersten Woche erfuhr ich unzählige wichtige Dinge, sodass die Zeit wie im Flug verging.

In der zweiten und dritten Woche tagte das Parlament nicht. In dieser sogenannten sitzungsfreien, für mich zweiten Woche, konnte ich Frau Rawert auf Termine außerhalb des Bundestagsgeschehens begleiten. So besuchte Frau

Rawert die Charité und traf sich dort u.a. mit Vertretern des Personalrates und der Pflege. Im Anschluss nahm sie einen Termin mit der 12. Klasse des Drei-Linden-Gymnasiums Berlin-Zehlendorf wahr. In diesen zwei Wochen fand auch die vom Wahlkreisbüro organisierte, schon traditionelle Reihe "Auf ein Wort, Frau Rawert" im Rahmen von Sommerfrühstücken statt. An immerfort anderen Orten traf sich Frau Rawert mit Projektvertreter(innen) zu den Themen Senior(inn)en/Pflege, Gesundheit/Inklusion, zu Strategien gegen Rechtsextremismus und zur Förderung der Integration. Ein Sommerfrühstück fand auch mit Vertreter(innen) der Queer-Community statt. Ich selber nahm an einem Sommerfrühstück teil, in dem es um Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung ging. Am Ende der zweiten Woche besuchte mich meine betreuende Lehrerin Frau Herbst im Bundestagsbüro von Frau Rawert. Sie hat sich sehr detailliert über die Abläufe meines Praktikums informiert. Auf ihren Wunsch führten wir sie anschließend durch alle Gebäude des Deutschen Bundestages. Sie war sehr beeindruckt und wollte meiner Schule solche Führungen für die Schüler(inn)en empfehlen.

Meine dritte Woche war, genau wie die zweite, sitzungsfrei. An zwei Treffen zwischen Frau Rawert und Schulklassen aus Schulen im Ausland durfte ich teilnehmen. Die eine Schüler(inn)engruppe kam aus Paris und die andere aus Polen. Jeweils eineinhalb Stunden nahm sich die Bundestagsabgeordnete Zeit, um auch wirklich alle Fragen der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte ausführlich beantworten zu können.

Zu meiner Person: Ich heiße Alexandros Raftopoulos und bin 15 Jahre alt. Als Halbgrieche besuche ich die Deutsch-Griechische Europaschule „Heinrich-von-Kleist“ in Berlin. In meiner Freizeit spiele ich viel Fußball und betreibe verschiedene Kampfsportarten. Vor meinem Praktikum konnte ich mich eher weniger gut mit Politik aus, obwohl ich schon immer sehr interessiert war. Durch die freundliche und immer kompetente Hilfe von Frau Rawert und ihren Mitarbeiter(innen) habe ich viele Erfahrungen gesammelt und somit auch das eigentliche Ziel solch eines Praktikums erreicht.

Ich bedanke mich hiermit herzlich, dass Frau Rawert mir ein so lehrreiches Praktikum möglich gemacht hat.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ **Aus Tempelhof-Schöneberg und Berlin**

„Auf ein Wort mit Mechthild Rawert“:
Strategien gegen Rechts

In meiner traditionellen Sommerreihe „Auf ein Wort mit Mechthild Rawert“ habe ich mich am 23. Juni zum Thema „Strategien gegen Rechts“ mit Stolperstein-Initiativen aus Friedenau und Mariendorf, mit VertreterInnen des Bündnisses „Rechtspopulismus stoppen!“ sowie mit BezirkspolitikerInnen getroffen. In dieser Runde wurde die Entwicklung von Strategien gegen Rechtspopulismus erörtert und die aktuellen schändlichen Brandaktionen durch die rechtsextreme Szene bewertet.



Berliner Konsens

Der Wahlkampf in Berlin eskalierte in den letzten Tagen in erschreckend undemokratischer Weise. Die RassistInnen und Menschenfeinde von der NPD schrecken vor nichts zurück und nehmen den Tod von vielen Menschen billigend in Kauf. Das zeigen die hinterhältigen Brandanschläge auf das Anton-Schmaus-Haus der Falken in Neukölln, das schwule Wohnprojekt Tuntenhaus im Prenzlauer Berg und drei weiteren links-alternativen Häusern in erschütternder Weise. Ich verurteile diese Aktionen auf das Schärfste.

Der „Berliner Konsens“ ALLER im Abgeordnetenhaus vertretenden Parteien kommt angesichts dieser Gewalttaten genau zur richtigen Zeit: Gemeinsam rufen alle fünf Parteien die Berlinerinnen und Berliner auf, bei der Wahl für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen am 18. September keine rechts-extremistische und rechtspopulistischen Parteien zu wählen. Damit bekennen sich alle fünf Parteien dazu, dass Berlin „eine von Einwanderung geprägte Stadt“ ist, dass gesellschaftliche Fragen sowie soziale Probleme nicht missbraucht werden dürfen zu rassistischen, menschenverachtenden, antisemitischen und antiislamischen Anschuldigungen. Vereinbart wurde, dass rechts-extreme und rechtspopulistische Parteien auf Wahlkampfveranstaltungen kein Podium gewährt werden soll.

Rechte Gewalt in Berlin stoppen

In Berlin versuchen dieses Jahr zwei rechtspopulistische Parteien, den Sprung ins Abgeordnetenhaus zu schaffen. Einerseits handelt es sich dabei um „Pro Berlin“ als Ableger der Partei „Pro Deutschland“, die bereits vom Verfassungsschutz beobachtet wird, weil sich in deren

Reihen viele ehemalige Mitglieder von NPD, DVU und Republikanern tummeln. „Pro Berlin“ setzt auf das Feindbild Islam und plant einen Anti-Islamisierungskongress, um mit rassistischem Agieren gegen Minderheiten kurz vor den Wahlen Aufmerksamkeit zu erlangen. In Köln wurde der Anti-Islamisierungskongress 2008 durch die Gegenproteste engagierter Demokratinnen und Demokraten für „Pro Köln“ zum Fiasko. Das sollte auch unser Ziel sein.

Etwas seriöser stellt sich andererseits „Die Freiheit“ des CDU-Abtrünnigen René Stadtkewitz dar. „Die Freiheit“ verfolgt aber letztlich ein ähnliches Programm wie „Pro Berlin“ - nämlich für alles Schlechte in der Welt den Islam und die Muslime verantwortlich zu machen. Derzeit versuchen sie sich des Eintritts ausgewiesener Neonazis in die Partei zu erwehren. Ich bin froh, dass bis jetzt noch Unterschriften zur Zulassung zur Wahl am 18. September fehlen Mangels fehlender charismatischer Figuren will diese Partei erneut den niederländischen Rechtspopulisten und Islamfeind Geert Wilders nach Berlin einladen - für mich ein ungern gesehener Tourist in Berlin.

Antirassismus-Kampagne in Vorbereitung

Um den Einzug dieser beiden rechtspopulistischen Parteien ins Parlament zu verhindern, plant das „Bündnis Rechtspopulismus stoppen!“ nach Aussagen deren Sprechers, Dirk Stegemann, eine breit angelegte Antirassismus-Kampagne Ende August / Anfang September. Die Antirassismus-Kampagne soll zur Gegenmobilisierung zu den beiden Wahlkampfveranstaltungen von „Pro Berlin“ und der „Freiheit“ dienen und offen für alle demokratischen Kräfte sein.

Würdigung zivilgesellschaftlichen Engagements

Würdigen möchte ich das bürgerschaftliche Engagement der Menschen, die sich in den ehrenamtlichen Initiativen für die Verlegung von Stolpersteinen einsetzen. Zum Beispiel hat die „Initiativgruppe Stolpersteine Stierstraße“ bereits 43 Stolpersteine verlegt und damit sichtbare Gedenkorte in Friedenau geschaffen. Unübersehbar wird hier von der Bürgerschaft ein Zeichen des Gedenkens vor Ort gesetzt mit der Aufforderung, weiterhin gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus anzutreten. Im November dieses Jahres werden weitere 12 Stolpersteine hinzukommen und an das Schicksal unserer jüdischen Nachbarn erinnern. Auch der Verein „Stolpersteine an der B 96 - Gedenken in Tempelhof-Schöneberg e.V.“, dessen Mitglied ich bin, hat bereits 13 Stolpersteine verlegt.

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 13

Nachlesenswertes

In meiner Reihe „Auf ein Wort mit Mechthild Rawert“ treffe ich mich jeweils zu einem Thema mit bezirklichen Akteurinnen und Akteuren, um zu erfahren, welche Erwartungen diese an Politik hinsichtlich der Lösung ihrer fachlichen Probleme oder auch an die SPD, an mich als ihre Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg haben und wo ich mich aus ihrer Sicht noch stärker einmischen soll. Ich treffe mich ausgesprochen gerne mit den Aktiven entlang der „Nervenenden in die Gesellschaft“. Weitere Berichte zu den Sommerfrühstücken sind in den nächsten Tagen auf meiner Website nachlesbar.

Zum Tode von Kardinal Georg Sterzinsky

Am 30. Juni ist Kardinal Georg Sterzinsky nach langer und schwerer Krankheit im Alter von 75 Jahren verstorben. Für den verstorbenen Alt-Erzbischof Georg Kardinal Sterzinsky liegt in der St. Hedwigs-Kathedrale zwischen 10:00 und 18:00 Uhr ein Kondolenzbuch aus. Das Requiem für Kardinal Sterzinsky findet am Samstag, 9. Juli 2011, um 15:00 Uhr in der St. Hedwigs-Kathedrale statt, mit anschließender Beisetzung in der Unterkirche.

Als Georg Sterzinsky im September 1989 Bischof von Berlin wurde, war Berlin noch eine geteilte Stadt. Der Fall der Mauer und die deutsche Wiedervereinigung veränderten die Aufgabe, die Einheit des Bistums Berlin, Brandenburg und Vorpommern, das Zusammenführen von Ost und West zu befördern, grundlegend. Er wurde 1991 zum Kardinal kreiert. In vielem blieb er sperrig, ließ auch zu, dass sich das Bistum hoch verschuldete. Besonders zu danken ist ihm aber für die Etablierung der Frauenkommission bei der Deutschen Bischofskonferenz und für sein ehrliches und beständiges Engagement für die Seelsorge für Heimatlose, für seine Unterstützung des Kirchenasyl für von der Abschiebung bedrohte Ausländer. Ihm war es ein besonderes Anliegen, für Menschen ohne Heimat, Flüchtlinge und Migranten, für die illegalen Zuwanderinnen und Zuwanderer da zu sein. In diesem Engagement engagierte er sich auch politisch, wollte den Unionsparteien mal das „C“ absprechen, da die von ihnen betriebene Ausländerpolitik „eine Schande“ sei.

Kardinal Georg Sterzinsky wollte solidarisch an der Seite derjenigen stehen, die nichts haben und am Rande stehen. Für diese Haltung danke ich ihm als Mensch und Seelsorger.



Impressum.

Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel: 030/227 737 50

Fax: 030/227 762 50

V.i.S.d.P.: Mechthild Rawert

Kontakt.

Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Straße 86

12099 Berlin

Tel: 030/720 13 884

Fax: 030/720 13 994

eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

U6, U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.

Online.



www.mechthild-rawert.de



www.facebook.com/mechthild.rawert



www.flickr.com/photos/mechthild-rawert

1) Der QR-Code beinhaltet den Link auf unsere Homepage. Er ist zu lesen mit einem Smartphone, das über eine entsprechende App verfügt. Ein Reader ist z.B. zu finden unter: <http://reader.kaywa.com/getit>

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de

